

Antrag Nr. 12-O-08-0050

Die Linke

Betreff:

Inklusion, Schulen Wiesbaden Bierstadt (Die Linke)

Antragstext:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, für die Schulen im Ortsbezirk Bierstadt unter Einbeziehung von Eltern, Schülervertretung, Schule und Ortsbeirat, die für den Inklusionsunterricht notwendigen Raumvoraussetzungen zu untersuchen und entsprechende Konzepte für bessere Bedingungen, für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu erstellen. Die Planungen sollten dabei der Prämisse folgen, jedem Kind einen Lern-, Lebens-, Bewegungs-, und Entfaltungsraum zur Verfügung zu stellen, der seine Persönlichkeitsentwicklung fördert. Gleichzeitig ist die Arbeitsplatzgestaltung für Lehrer, Sprachpädagogen etc. einzubeziehen. Das Schulgebäude, der Raum soll so sinnvoll gestaltet werden, dass diese verantwortliche Arbeit nicht erschwert, bzw. geleistet werden kann.

Der Magistrat wird gebeten dem Ortsbeirat zeitnah zu berichten, was für Maßnahmen beabsichtigt sind, um bessere Bedingungen für die Teilhabe am Schulunterricht von Menschen mit Behinderungen im Ortsbezirk zu schaffen.

Begründung:

Das Recht auf gemeinsamen Unterricht ist verankert in der UN-Charta für die Behindertenrechte aus dem Jahre 2009. Die Unterzeichnung der UN-Charta zur Inklusion hat formell die Rahmenbedingungen im Sinne der Umsetzung für die Schulen verändert. Allerdings sind viele Schulgebäude und Klassenräume für einen komplett inklusiven Unterricht nicht geeignet. Mit der angekündigten Schließung der ersten Wiesbadener Förderschule, der August-Hermann-Francke-Schule sind unmittelbare Maßnahmen zur Sicherstellung von inklusiven Unterricht auch im Ortsbezirk Bierstadt erforderlich.

Wiesbaden, 10.10.2012